

Rückblick auf die Herbstsession von Nationalrätin Esther Egger

Viel Wahltaktik und Emotionen

KIRCHDORF – Parteipolitische Taktik, Nervosität und Emotionen, dies das Fazit der Herbstsession. Dazu zwei Sondersessionen als Zeichen, dass gewählt wird im Herbst.

Das vertiefte Diskutieren eines Themas kann nämlich so kaum stattfinden, weil das Instrument Sondersession – es braucht dazu den Antrag von 60 Parlamentsmitgliedern an das Büro – allzu oft nur für die Darstellung parteipolitischer Haltungen missbraucht wird. Die letzten Tage der Legislatur waren zudem für viele Parlamentsmitglieder ein Wechselbad der Gefühle. Hier die Ungewissheit der Wiederwahl, da die Wehmut der Abtretenden – und diese vielfach gepaart mit einer gewissen Erleichterung, nach meist vielen Jahren grossem politischem Engagement nun etwas kürzertreten zu können.

Wirtschaftliche Lage

Der Nationalrat hat in einer der Sondersessionen über eine Flut von parlamentarischen Vorstössen zur wirtschaftlichen Lage und zum starken Franken diskutiert. Viele dieser Begehren hatten, wenn überhaupt, nur am Rande einen direkten Bezug zur wirtschaftlichen Lage. So zum Beispiel das Anliegen, Steuerabzüge für ehrenamtliche Tätigkeiten zuzulassen; der Vorstoss wurde angenommen, obwohl unklar ist, wie diese unbestritten wertvolle und unverzichtbare Arbeit beziffert werden soll. Ebenfalls angenommen wurde ein Vorstoss gegen überrissene Handy-Gebühren im Ausland. Damit sollen alle Telecom-Anbieter verpflichtet werden, verbindliche Höchsttarife festzulegen. Froh bin ich, dass der Nationalrat die Forderung der Linken nach einer Besteuerung der globalen Finanztransaktionen abgelehnt hat. Dasselbe Schicksal erlitt ein Verbot der Bezahlung von Löhnen in Euro.

Millionen für ein Signal

Die Schweiz leidet im Moment unter dem eigenen Erfolg, und der Schweizer Franken ist als sicherer Hafen Opfer seiner eigenen Stärke geworden. Das wirtschaftspolitische Umfeld hat sich für einige Branchen stark verschlechtert. Ob hier allerdings immer gleich der Staat helfen muss, ist für mich als Finanzpolitikerin fraglich. Am wirkungsvollsten



Nationalrätin Esther Egger blickt auf eine von den Wahlen geprägte Herbstsession zurück.

in dieser Situation, das hat sich deutlich gezeigt, konnte nämlich die Schweizerische Nationalbank Einfluss nehmen. Das Massnahmenpaket zur Abfederung der Frankenstärke war denn auch eher ein politisches Signal, das zwar mehr als 800 Millionen Franken gekostet hat, konkrete Massnahmen waren wenige dabei, die Wirkung wird sich zeigen.

Nägel mit Köpfen

Endlich konnte dagegen das Bankengesetz verabschiedet werden. Seit Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 hat ein unsägliches Hin und Her um die sogenannte «Too big to fail»-Vorlage stattgefunden. Persönlich habe ich mich immer starkgemacht für eine rasche Verabschiedung und die Forderung nach der Hinterlegung von bedeutend höherem Eigenkapital bei systemrelevanten Banken. Mit einer Vorgabe von gesamthaft 19 Prozent ist dies gelun-

gen, die Schweiz hat nun im internationalen Vergleich äusserst strenge Regeln.

Zuwanderung und Asylwesen

Die Zuwanderung und die Asylpolitik wurden in der zweiten Sondersession sehr emotional diskutiert. Bestätigt wurde aber im Grundsatz die heutige Migrationspolitik. Eher fraglich erschien mir der Abstimmungsmarathon, in welchem wir über 80 Vorstösse verabschiedet haben. Eine vertiefte Diskussion über deren Inhalt war nicht möglich, immerhin kann der Ständerat dies nun in zweiter Beratung nachholen. Deutlich wurde aber gesagt, dass eine Kündigung der Personenfreizügigkeit nicht in Frage kommt.

Bau- und Gastwirtschaft, das Gesundheitswesen, die Landwirtschaft und auch hochtechnologische Bereiche können heute und auch in Zukunft auf ausländische Mitarbeitende nicht verzichten. Zwingend ist dagegen, dass der sogenannten Scheinselbstständigkeit ein Riegel geschoben und der Verletzung der flankierenden Massnahmen durch Lohndumping, Missbrauch und Schwarzarbeit mit konsequenter Kontrolltätigkeit und mit empfindlichen Strafen entgegengetreten wird.

Volk muss schweigen

Einverstanden bin ich mit dem Kompromiss, der zugunsten einer schlagkräftigen und zeitgemässen Armee gefällt wurde. Eine Verkleinerung wird eingeleitet, Ausrüstungslücken werden beseitigt. Störend finde ich dagegen, dass die Anschaffung von neuen Kampffjets – obwohl ich deren Notwendigkeit sehe – nicht dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. Hier hat eine Partei versagt, welche sonst immer das Volk an die Urne rufen möchte!

Gerupfter Gegenvorschlag

Hart wurde gerungen um einen Gegenvorschlag zu der von linker Seite eingereichten Landschaftsinitiative. Diese will in den nächsten zwanzig Jahren die Baugebiete der Schweiz plafonieren. Zum Glück hat der Nationalrat den ebenfalls zu weit gehenden Gegenvorschlag des Bundesrats gerupft und sich gegen die Verkleinerung von Bauzonen und eine Mehrwertabgabe ausgesprochen. Gestrichen wurden auch Ausgleichsmechanismen zur Begrenzung von Bauzonen. Das Geschäft geht nun wieder zum Ständerat. Ich hoffe sehr, dass auch dieser sich für die Anliegen des Grundeigentums einsetzt.